

Die Attentate von Paris haben eine grosse Verunsicherung nach Europa gebracht. Diese Attentate waren an sich schrecklich, führen aber zusätzlich zu Nachahmerakten wie das Attentat in Kopenhagen und schüren generell den Hass gegen Minoritäten, insbesondere gegen die jüdische Gemeinschaft, der sich in Taten wie die Friedhofschändung im Elsass äussert.

Diese neue Verunsicherung hat auch die Schweiz erfasst. So berichtete die BaZ am Freitag, 6.3. über die Verunsicherung in der jüdischen Gemeinde und die entsprechenden Forderungen von Bundesparlamentariern an den Bundesrat. Die Bedrohungslage umfasst aber nicht nur religiöse Institutionen, sondern auch weltliche: So macht sich in der "Schweiz am Sonntag" vom 08.03.15 der Generalsekretär der BIZ Sorgen zur Sicherheitslage und konstatiert, dass die Unsicherheit wieder zunimmt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat die folgenden Fragen zu beantworten:

- Teilt der Regierungsrat die Analyse, dass die Unsicherheit wieder zunimmt und entsprechend auch das Risiko von Anschlägen?
- Falls nein, wie erklärt sich der Regierungsrat die Tatsache, dass in den Nachbarländern massiv in die Erhöhung der Sicherheit investiert wird, beispielsweise in Frankreich, wo in den nächsten drei Jahren für 736 Millionen Euro 2680 neue Stellen bei der Polizei und den Nachrichtendiensten geschaffen werden sollen?
- Wenn ja, welche Konsequenzen zieht der Regierungsrat daraus und mit welchen Mitteln begegnet er der neuen Bedrohungslage?
- Wie gedenkt der Regierungsrat insbesondere exponierte Objekte und die Menschen, die diese Gebäude frequentieren - seien sie religiöser Natur (Synagoge, Kirchen, Moscheen) oder weltlicher Natur (BIZ, Basel World) - besser vor Anschlägen zu schützen?
- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat bezüglich Unterstützung durch den Bund in dieser Angelegenheit?

Stephan Mumenthaler